

Ansgar Klein

Diskurspolitischer Interventionismus

Zum Selbstverständnis und Anspruch des Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen*

Das 15jährige Bestehen des Forschungsjournal bietet Anlass, das eigene Selbstverständnis und die eigenen Ansprüche zu reflektieren. Die folgenden Ausführungen sind der Versuch, für die Redaktion in einigen knappen Stichworten Perspektiven und Probleme der Arbeit zu skizzieren.

Das FJNSB ist 1988 entstanden, als der Mobilisierungsgrad der NSB bereits rückläufig war. Das Wort von Hegel, dass die Wissenschaft der ‚Eule der Minerva‘ gleicht, die erst in der Dämmerung ihren Flug beginnt, scheint auf den ersten Blick auch für unsere Arbeit zuzutreffen. Die wissenschaftliche Reflektion hinkt der Praxis hinterher, doch kann sie ihr – so unser nach wie vor bestehender politischer Optimismus – auch Impulse geben. Das FJNSB hat sich den Platz zwischen Praxis und Theorie ausgesucht und sich als Beobachter und Kommentator gleichsam zwischen den Stühlen eingerichtet.

Das FJNSB hat sich schon sehr bald nach seiner Gründung von den blickverengenden Vorgaben der ausdifferenzierten Teil- und Bindestrichdisziplinen der Sozialwissenschaften gelöst. Mit Blick auf praxisrelevante Diskurse haben wir negativen Effekten der wissenschaftlichen Spezialisierung, die erst allmählich auch im eingefahrenen Wissenschaftsbetrieb als problematisch erkannt wird, gegenzusteuern versucht.

Immer wieder sprechen wir für einen Themenschwerpunkt nicht nur die Bewegungsforschung, sondern auch die Forschungen zu NGOs, Verbänden und Parteien an. Wir greifen auch auf die politische Theorie, die Ökonomie, die Sozialpsychologie, die Philosophie oder die Medienwissenschaften zu.

Die Separierung der Analyse zerschneidet die gegebenen Zusammenhänge und wirkt so auch kontraproduktiv. Dies gilt auch für das bisherige Nebeneinander von wissenschaftlichen Diskursen zu Zivilgesellschaft und Drittem Sektor, das die Zu-

sammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Dimensionen sozialer Bewegungen, zwischen bürgerschaftlichem Engagement und non-profit-Bereich ausblenden.

Den interdisziplinären Zugriff auf die Theorie verbindet das FJNSB mit dem publizistischen Anspruch der Intervention in die politische Praxis. Wir wollen – mit den beschränkten Mitteln unserer Zeitschrift – diskurspolitisch intervenieren.

Diskurspolitik

Diskurspolitik ist ein sperriges Wort. Es verbindet die Diskurse in Wissenschaft und Öffentlichkeit – immer auch normativ aufgeladen, aber ebenso empirisch unterfüttert - mit dem Anspruch der Einflußnahme auf politische Gestaltung. Diskurspolitik zielt auf den Aufbau von Handlungsverbindlichkeiten entlang thematischer Fokussierungen. Aus Reden soll Handeln entstehen.

Das FJNSB versteht sich selber als Akteur eines ‚Diskurses der Zivilgesellschaft‘ und einer gesellschaftspolitischen Reformpolitik. Der Raum des Politischen erschöpft sich aus dieser Perspektive gerade nicht in staatlichem Handeln, sondern bezieht auch die nichtstaatlichen Akteure, ihre öffentlichen Artikulationen und den intermediären Raum zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt ein. Entsprechend interessiert sich das FJNSB für das – oftmals konflikthafte – Zusammenspiel der staatlichen und staatsnahen Akteure mit sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Protagonisten, bezieht normative Bezüge der gesellschaftspolitischen Akteure ein und richtet vor diesem Hintergrund auch den Blick auf einzelne Politikfelder, auf die Institutionen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung und die Strukturen des öffentlichen Raums.

Diskurspolitische Intervention sind nicht nur angewiesen auf einen funktionsfähigen öffentlichen Raum, sondern sie sind auch angewiesen auf ein ‚responsives‘ Handeln politischer Akteure und Institutionen, das diese Impulse aufnimmt und nachvollziehbar in politische Gestaltung übersetzt. Beide Voraussetzungen sind jedoch sehr anspruchsvoll.

Dies möchte ich in den folgenden fünf Thesen zur Diskurspolitik ausführen.

1 Mediale Selektionsfilter und symbolische Versuchungen der Diskurspolitik

Diskurspolitische Interventionen wollen nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit, sondern benötigen diese Aufmerksamkeit als Voraussetzung einer Einflussnahme auf politische Gestaltung. Doch das Geschäft der Aufmerksamkeitsgewinnung ist schwieriger geworden: Der öffentliche Raum hat sich gewandelt. Er ist segmentiert, kommerzialisiert, vielfach komplex manipuliert. Ein früherer Bundespräsident hat gar von einer ‚Refeudalisierung‘ der Öffentlichkeit gesprochen.

Die Filter der medialen Aufmerksamkeit haben längst dazu geführt, dass sich auch Bewegungsakteure an diese Selektionskriterien anpassen. Ihre Chance, Öffentlichkeit zu erzeugen, ist geringer geworden und es bedarf auf Seiten aller Akteure einer professionellen Medienkompetenz, um diese Chance zu wahren. Doch geht es nicht nur um technische Nachrüstung der Handlungsroutinen zivilgesellschaftlicher Akteure (Platzierung von Themen in den Medien, Prominenz, dramaturgische Gesichtspunkte der Inszenierung etc.).

Bedarf besteht insbesondere auch bei der Reorganisation der kommunizierten Inhalte entlang medialer Aufnahmefähigkeit sowie bei der Fortentwicklung institutioneller Formen der gesellschaftlichen und politischen Kommunikation.

Die enorm gewachsene Bedeutung politischer Kommunikation hat bei den politischen Akteuren die Wahl von Strategien symbolischer Politik erhöht. Die Besetzung von Themen und Begriffen bedeutet jedoch keineswegs, dass daraus politische Gestaltungsoptionen generiert werden. Oftmals erweist sich der symbolpolitische Schleier als Barriere politischer Gestaltung, die es zu überwinden gilt. Ein mühsames und zumeist vergebliches Unterfangen.

2 Inhaltliche Fokussierung als Antwort auf die Informationsflut und segmentierte Öffentlichkeit

Es gibt eine wahre Flut an Informationen und Expertise und zugleich nimmt das Rauschen der bloßen Unterhaltung in den Medienkanälen zu: Überangebote an Unterhaltungsangeboten, an Hobby und Regenbogen, Action und Talk verstellen den Blick auf relevante Informationen. Doch auch mit Blick auf Expertise und Analyse

sind die Angebote kaum zu überschauen. Viele gesellschaftspolitisch relevanten Themen werden heute in medialen Parallelwelten diskutiert. Fachöffentlichkeiten und Teilöffentlichkeiten haben es schwer, Impulse jenseits ihrer gehegten Terrains zu platzieren.

Wo alles schon gesagt zu sein scheint, bedarf es der intelligenten Fokussierung der Argumente und Analysen. Nötig ist die Bündelung inhaltlicher Zusammenhänge mit Blick auf mittelbar absehbaren politischen Gestaltungsbedarf zentraler gesellschaftspolitischer Reformfelder. Notwendig ist auch der weitere Ausbau zivilgesellschaftlicher Kommunikationsnetze.

3 Die Rekonstruktion der Rolle des Intellektuellen

Die Figur des Intellektuellen scheint unaufhaltsam auf dem Rückzug zu sein – ist er heute eine aussterbende Spezies wie weiland die Dinosaurier?

Namen wie Sartre, Bourdieu, Habermas oder Grass scheinen bereits heute wie ein verlassender Nachklang heroischerer Zeiten, in denen der Anspruch der Diskurspolitik, zwischen Wissenschaft und Praxis zu vermitteln, noch als Lebensentwurf galt und es institutionelle Räume gab, die als Rückhalt und Ressource dienen konnten.

Welcher intellektuelle Diskurs ist heute noch einflussreich? Die öffentliche Kritik am zunehmenden und immer undurchschaubarer werdenden Ausschuss- und Beratungswesen nicht nur in Europa, sondern auch hierzulande macht auf den Misstand aufmerksam, dass die Rolle des Intellektuellen in den Routinen des Politikberaters aufgesogen worden ist.

Doch für diskurspolitische Interventionen bedarf es weiterhin der Rolle des Intellektuellen, seiner Intervention in öffentliche Angelegenheiten mit dem Anspruch, wissenschaftliche und praktische Gesichtspunkte zu verbinden. Wer leistet dies heute noch? In den Wissenschaften gelten Protagonisten, die auf öffentlichen Einfluss zielen, oftmals als bloßer Störfaktor. Die Elfenbeintürme haben ihre eigenen Selbsterhaltungsmechanismen, die es kritisch zu beleuchten gilt.

Es bedarf daher einer gezielten Fortentwicklung der Rolle des Intellektuellen. Jenseits der Heroisierung großintellektueller Persönlichkeiten wird es darum gehen, Rollenmuster der Diskurspolitik in den Institutionen und Organisationsformen der Zivilgesellschaft stärker zu etablieren – mit Rückendeckung also nicht nur der Hochschulen, sondern auch der Stiftungen, NGOs, Bewegungsorganisationen. Das von Gramsci kommende Konzept des ‚organischen Intellektuellen‘ könnte hier durchaus eine zeitgemäße Reformulierung erfahren.

Der Intellektuelle unterscheidet sich vom Lobbyisten dadurch, dass er ‚public interests‘ anspricht und sich – zumindest dem Anspruch nach - nicht an das Handeln einzelner Interessengruppen bindet. Von daher erfahren Bewegungsorganisationen und NGOs, die public interests zu ihrem Anliegen machen, durch die Fortentwicklung und die Pflege intellektueller Netzwerke eine nicht zu unterschätzende Rückendeckung.

4 Institutionenpolitische Herausforderungen der Diskurspolitik

Diskurspolitik will politische Gestaltung beeinflussen. Ohne aufgeschlossene politische Eliten, aber auch ohne eine intelligente institutionelle Reformpolitik, die auf eine weitere Demokratisierung der repräsentativen Demokratie zielt, wird Diskurspolitik blockiert.

Konzepte wie das der ‚deliberativen‘ oder der ‚reflexiven‘ Demokratie formulieren die Ansprüche an institutionelle Öffnung für diskurspolitische Interventionen. Doch bergen bloße institutionelle Ausweitungen politischer Beratungsrunden und Kommunikationsnetzwerke das Risiko einer abgeschlossener Elitenkommunikation – wenn auch unter deutlicher Ausweitung um zivilgesellschaftliche Akteure.

Diskurspolitik bleibt darüber hinaus angewiesen auf die Impulse der ‚direkten‘ wie auch vor allem der ‚assoziativen‘ Demokratie. Gesellschaftspolitische Reformen und diskurstheoretische Interventionen benötigen die Rückendeckung und die Resonanz einer ausgeweiteten Beteiligungspraxis der Bürgerinnen und Bürger. Daher gehören zu den Voraussetzungen gelingender Diskurspolitik engagementpolitische und demokratiepolitische Reformen – wie sie etwa von der Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ vorgeschlagen worden sind.

5 Protest als Ausfallbürge von Blockaden diskurspolitischer Interventionen

Die Institutionalisierung des Bewegungssektors bedeutet eine Orientierung auf institutionelle Wege der Problemlösung und einen Abschied von antiinstitutionellen Selbstverortungen – eine Entwicklung, die ihrerseits den Weg öffnet für Formen einer reflexiven Institutionenpolitik.

Kennzeichnend für den mittlerweile institutionalisierten Bewegungssektor erscheinen weiterhin die symbolische Integration (v.a. über Werte) und eine Ausrichtung auf öffentliche Einflussnahme. Die spezifische funktionale Stärke des Bewegungssektors liegt in der Fähigkeit zur öffentlichen Problemartikulation. Da soziale Bewegungen auf öffentliche Problemartikulation ausgerichtet sind, bleiben sie – von der Verwaltung der Macht enthoben – bezogen auf Wertfragen, diskursive Intervention und Expertise.

Die Institutionalisierung des Bewegungssektors bietet durchaus Chancen dafür, Diskurse mit politischem Gestaltungsanspruch zu führen. Expertise und Professionalität sind hier unbestritten vorhanden. Rollenspezifikation und Organisation gehören mittlerweile zu den Kennzeichen dieses Bewegungssektors, der damit immer auch in der Gefahr steht, dass sich die neuen zivilgesellschaftlichen Organisationseliten von den mobilisierungsfähigen Sektoren der Gesellschaft abkoppeln.

Absehbar ist jedoch ein Bedeutungsrückgang der Mobilisierung größerer Versammlungsoffentlichkeiten. Statt dessen werden professionelle Kampagnen und Aktionsformen an Gewicht gewinnen, die durch Inszenierung auf Medienselektion abzielen.

Protest ist jedoch keineswegs mehr das identifizierende Merkmal sozialer Bewegungen. Insbesondere im transnationalen Kontext europäischer Protestmobilisierung, aber auch im nationalen Kontext kommt es zu einer neuen Doppellogik kollektiven Handelns:

Auf der einen Seite werden in den Institutionen die institutionalisierten Akteure des Bewegungssektors zu den Promotoren einer partizipatorischen Einflussnahme. Ihr Handlungsmodus ist das deliberativ-argumentative, advokatorische Handeln. Auf der anderen Seite wird der Protest zum Handlungsmodus einer populären Streitpolitik

außerhalb der Institutionen – zuweilen durchaus auch instrumentell von institutionellen Akteuren in den Dienst genommen. Expertendissens und populärer Protest bilden das ambivalente Doppelgesicht des Bewegungshandelns, das sich in wie außerhalb der Institutionen bewegt.

Trotz dieser Ambivalenz erscheint Protest weiterhin als unverzichtbare Ressource für diskurspolitische Interventionen und sozialen wie politischen Wandel.

Die links-libertären Bewegungen sind mittlerweile zu etablierten Herausforderern geworden, die ihre spezifische Stärke nach wie vor in der öffentlichen Problemartikulation entfalten und ihr diskurspolitisches Handlungsrepertoire den Anforderungen der Mediendemokratie anpassen. Sie sind jedoch keineswegs in der Mitte der Politik angekommen – sie bleiben Herausforderer.

Das Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen* wird sich auch in der Zukunft bemühen, diese Herausforderung mit seinen publizistischen Mitteln deutlich zu machen und dabei die Rahmenbedingungen eines diskurspolitischen Interventionismus im Blick halten.

Ansgar Klein für Herausgeber und Redaktion